<u>Selbstverpflichtung bei Zahlung von Zusatzvergütungen:</u>

(zur Vorlage bei der Justizverwaltung)

_____

(Name und Anschrift der Ausbildungsstelle)

Ich bilde / Wir bilden Herrn / Frau Rechtsreferendar(in)

_____

in _____ vom _____ bis _____ aus.

(Bezeichnung der Station)

Das anliegende Merkblatt zur sozialversicherungsrechtlichen Behandlung von Zusatzvergütungen an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare haben wir / habe ich zur Kenntnis genommen.
Vor dem dort erläuterten Hintergrund geben wir / gebe ich (*bei Anwaltssozietät:* im Namen aller Partner der o.g. Anwaltssozietät / *bei Unternehmen:* im Namen des Trägers der o.g. Ausbildungsstelle) verbindlich die nachfolgende Erklärung ab:

Sollten von mir / von uns an die Rechtsreferendarin bzw. den Rechtsreferendar Zusatzvergütungen gewährt werden, werde ich / werden wir diesen Betrag nicht an die mir / uns zugewiesene Person auszahlen. Statt dessen wird dieser Betrag unmittelbar an das Landesamt für Besoldung und Versorgung NRW (LBV) unter Angabe der Zuweisungskennziffer 97, der Personalnummer der zugewiesenen Person bei dem LBV, des Namens der Rechtsreferendarin bzw. des Rechtsreferendars, und des Zeitraums, für welchen dieser Betrag gezahlt wird, überwiesen.

Beispiel für den Verwendungszweck:
97/M63001234567 Mustermann, Manfred 01.01.2025 bis 31.01.2025

Der dienstvorgesetzten Stelle (Präsidentin bzw. Präsident des Landgerichts) der Rechtsreferendarin bzw. des Rechtsreferendars werden wir / werde ich unmittelbar nach Zusage einer Zusatzvergütung die in Aussicht genommene Höhe der Zusatzvergütung mitteilen.

(Stand: 09.09.2025)

Die Bankverbindung für die Überweisung an das LBV NRW lautet:

Empfänger: Landeshauptkasse NRW

IBAN: DE51 3005 0000 0004 0066 15

BIC: WELADEDD

Zur korrekten Zuordnung der Zahlung ist es ab 10.2025 zwingend notwendig, dass der korrekte Zahlungsempfänger bei Überweisungen angegeben wird.

_____ _____

(Ort und Datum) (Kanzlei- bzw. Firmenstempel und Unterschrift des Ausbilders)

(Stand: 09.09.2025)